

Am Wochenende präsentieren wir Ihnen einen Überblick über die lesenswertesten Beiträge, die wir im Laufe der vergangenen Woche in unseren Hinweisen des Tages für Sie gesammelt haben. Nehmen Sie sich ruhig auch die Zeit, unsere werktägliche Auswahl der Hinweise des Tages anzuschauen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Unorthodoxe Gipfel-Diplomatie](#)
2. [Noch hat die Ukraine eine Zukunft](#)
3. [Kanzler Merz, der Kalte Krieger](#)
4. [Geopolitik und Moral](#)
5. ["Es gibt keinen Grund dafür, den Krieg weiterzuführen"](#)
6. [Von Frankreich nach Deutschland: Die peinlichste Grenzkontrolle der Welt](#)
7. [Lutz auf dem Abstellgleis](#)
8. [Die Bürgergeld-Ausgaben „steigen und steigen“ \(nicht mehr\) - sie sinken](#)
9. [Die Rente wäre sicher ...](#)
10. [Wie Trumps Zoll-Wutanfall Indien zurück in die Arme Chinas drängt](#)

**Vorbemerkung:** Ursprünglich hatten wir geplant, in unserer Wochenübersicht auch auf die lohnenswertesten redaktionellen Beiträge der NachDenkSeiten zu verweisen. Wir haben jedoch schnell festgestellt, dass eine dafür nötige Vorauswahl immer damit verbunden ist, Ihnen wichtige Beiträge vorzuenthalten. Daher möchten wir Ihnen raten, am Wochenende doch einfach die Zeit zu nutzen, um sich unsere Beiträge der letzten Wochen (noch einmal) anzuschauen. Vielleicht finden Sie dabei ja noch den einen oder anderen Artikel, den es sich zu lesen lohnt. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

### 1. **Unorthodoxe Gipfel-Diplomatie**

Das Treffen in Alaska zeigt: Während Europa sich an Illusionen klammert, erzwingt Russland Verhandlungen über eine neue Sicherheitsordnung. [...]

Russlands militärische Überlegenheit und sein Drängen auf eine neue Sicherheitsordnung in Europa sind Realitäten, die sich nicht wegwünschen lassen. Europas außenpolitisches Establishment versucht es trotzdem. Die Reaktion der Europäer - abgesehen von einer stillen Erleichterung, dass es doch nicht zu dem

befürchteten neuen Jalta kam - war entsetztes Haareraufen und Händeringen. Entsetzen darüber, dass tatsächlich Frieden ausbrechen könnte. Und Entsetzen darüber, dass es ihnen nicht gelungen war, Trump auf ihre Linie einzuschwören, obwohl man doch alles getan hatte: Unsummen für amerikanische Waffen versprochen, Ja und Amen zu den neuen Zöllen gesagt, die richtigen Leute zum Golfen geschickt. Kurz: alles, um einem eitlen, alternden und verwirrten Narzissten zu schmeicheln. Und trotzdem gelang es nicht, die Amerikaner und ihre Militärmacht für europäische Befindlichkeiten einzuspannen. Sad!

Statt die Chance auf Frieden zu nutzen, greifen europäische Spitzenpolitiker zu einem altbekannten Muster: dem Spoiler-Verhalten. Akteure, die nicht stark genug sind, einen Konflikt in ihrem Sinne zu entscheiden, torpedieren eine friedliche Beilegung mit Unkenrufen, Sabotage und Manipulation.

Quelle: [IPG Journal](#)

## 2. **Noch hat die Ukraine eine Zukunft**

Warum der Alaska-Gipfel Hoffnung macht. Gerade auch für die Ukraine. Das analysiert hier der ehemalige UN-Diplomat Michael von der Schulenburg. Deutschland und die EU wären gut beraten, sich rauszuhalten. [...]

Den Ukrainern sollte spätestens jetzt klar sein, dass Europa sie nicht retten wird - und auch nicht retten kann. Wenn ihnen von Merz, Macron und Starmer ständig eingeflüstert wird, es sei besser, den Krieg fortzusetzen als einem „unfairen“ Frieden zuzustimmen, vergessen diese Politiker, dass es nicht ihr Blut oder das ihrer Kinder ist, das hier vergossen wird. Die Behauptung, man müsse die Ukraine weiter militärisch unterstützen, um eine bessere Verhandlungsposition zu erreichen, ist reiner Unsinn. Die Verhandlungsposition der Ukraine hat sich in all dieser Zeit nur stetig verschlechtert.

Quelle: [Michael von der Schulenburg in der Emma](#)

dazu: **Dieser Frieden würde teuer für uns - aber Krieg ist teurer**

Dass Europa sich in Sachen Ukraine von Donald Trump demütigen lassen muss, liegt auch daran, dass man hierzulande bislang nur auf einen Abnutzungskrieg gesetzt hat, findet unser Kommentator. [...]

Dass Trump seine europäischen Partner in Washington antreten lässt wie Klassensprecher vor ihrem Oberlehrer, mag genauso demütigend sein wie die übergeordnete Tatsache, dass Europa und die Ukraine bei Trumps Friedens-Projekt wenig mitzureden haben. Aber diese Situation ist auch dadurch entstanden, dass die europäische Politik in drei Jahren, die die Verteidigung gegen Putins Angriffskrieg nun schon andauert, keine eigene Friedens-Initiative zustande gebracht hat. Europas einzige Antwort auf Putins Aggression ist bislang ein Abnutzungskrieg,

dessen Dauer und Ausgang ungewiss sind.

Quelle: [Schwäbische](#)

dazu auch: **Europe isn't prepared for peace: Trump's strategy is clear**

But the big difficulty European leaders will face is how to deal with their war-crazed supporters back home. There has been a great deal of cheerleading and regime-change fanaticism in the European political and media space, with many recent headlines insisting that Russia must not be rewarded for its aggression. None of these authors, of course, has a military strategy for victory, because strategic thinking is not what educated Europeans do. They use the passive tense when they speak or write: something must be done, they intone. Rarely, if ever, do they say: "we will do this and are ready to make sacrifices to do so."

But we do know the rest of the world does not look at Russia the way Europe does. This Eurocentric perspective no longer dominates global discourse — except, of course, in Europe. It is clear that we are living in one of those dangerous moments in history where fate could flip either way. Yet for all his arrogance, at least Trump has a strategy, whereas the Europeans do not.

Quelle: [Wolfgang Münchau auf UnHerd](#)

und: **Streit über Sicherheitsgarantien**

Über die geplanten Sicherheitsgarantien für die Ukraine zeichnet sich schon vor allen entsprechenden Beschlüssen Streit ab. Der ukrainische Präsident Wolodimir Selenskij sagte in Kiew, er sei gegen eine Beteiligung Chinas an den Garantien oder an eventuellen Friedenstruppen. Für diese Aufgaben kämen nur Länder in Frage, die die Ukraine seit Kriegsbeginn unterstützt hätten. Russlands Außenminister Sergej Lawrow dagegen erklärte in Moskau, sein Land sei dafür, die Sicherheitsgarantien durch die fünf Vetomächte im Weltsicherheitsrat - also auch Russland selbst sowie China - zu gewähren. Vor diesem Hintergrund äußerte Selenskij grundsätzliche Zweifel daran, ob es zu Friedensverhandlungen kommen werde.

Auf das Gegenteil deutet auch eine Aussage Selenskij in anderem Zusammenhang hin: Die Ukraine werde schon in wenigen Monaten in der Lage sein, die »Massenproduktion« einer ballistischen Rakete mit 3.000 Kilometern Reichweite zu beginnen. Die Produktionslinien für eine ukrainische Kurzstreckenrakete hatte Russland erst vor wenigen Tagen mit einem konzentrierten Schlag gegen alle an der Herstellung beteiligten Betriebe zumindest für längere Zeit vernichtet.

Quelle: [Reinhard Lauterbach in junge Welt](#)

### 3. Kanzler Merz, der Kalte Krieger

Nicht alles, was hinkt, ist ein Vergleich: Am 13. August (1961, die Tagesschau erinnerte natürlich) ließ SED-Staatsratsvorsitzender Ulbricht die Berliner Mauer errichten. Sie sollte den Weltfrieden wahren. Am Mittwoch, 13. August (2025), zog CDU-Kanzler Merz seine diplomatische Mauer hoch gegen US-Präsident Trumps Absicht, mit Russland ein Ende des Ukraine-Krieges auszumachen. Per Videoschalte kasperten Merz und seine Kriegsgeilinge in Frankreich, Großbritannien, Italien, Polen und Finnland sowie der niederländische NATO-Büttel Rutte, EU-Betonfrisur von der Leyen und der autoritäre Ukraine-Verweser Selenskyj ab, wie man (in einer anschließenden Videoschalte) Trump und dessen Vize Vance auf russlandfeindlichem Kurs halten wollte. Merz hatte sich schon vor Tagen und vor heimischem Publikum ordentlich aufgepumpt: „... nicht hinnehmbar, dass über die Köpfe der Europäer, über die Köpfe der Ukrainer hinweg über Territorialfragen zwischen Russland und Amerika gesprochen oder gar entschieden wird.“

Beim Antrittsbesuch in Washington Anfang Juni, im Angesicht seines Fürsten Donald Trump, hatte sich unser Kanzler dagegen mit heftigem Schwanzwedeln angedienert - und sich anschließend für sein „diplomatisches Geschick“ von der rückgratfreien deutschen Medienbagage belobhudeln lassen. Warum sollten nun wir diesen Kanzlerdarsteller und seine überwiegend westeuropäische Kriegstreiber-Front hier noch von linker Warte her abmeiern, wenn das von konservativer Seite schon bestens erledigt wurde?

Quelle: [Friedhelm Klinkhammer und Volker Bräutigam](#)

**Anmerkung unseres Lesers J.J.:** *Sehr aufklärend und lesenswert.*

**Anmerkung unseres Lesers J.S.:** *So viele treffende, kreative Bezeichnungen und Charakterisierungen. Herzerfrischend trotz trüber, schmerzlicher Thematik. Manche mögen einwerfen, das sei zu polemisch. Ich finde, sie haben den nötigen Ton für die Pfeifen und Verbrecher genau getroffen.*

#### 4. Geopolitik und Moral

Stefano di Lorenzo sagt nicht, dass Moral in der internationalen Politik keinen Platz hat. Aber Moral müsse konsequent, reflektiert und von Klugheit geleitet sein. Sie dürfe kein selektives Banner und keine heuchlerische Waffe sein. Der einzige Weg, Moral in der Politik zu rehabilitieren, wäre ihre Entkopplung von Propaganda. Und er fragt sich, ob das überhaupt möglich ist? (am)

In vielen politischen Kreisen im Westen hat der Begriff „Geopolitik“ einen schlechten Ruf. Das Wort „Geopolitik“ ruft Bilder von imperialen Manövern, zynischem Realismus und roher Gewalt hervor. Im politischen Diskurs, insbesondere in Europa und den

Vereinigten Staaten, ist „Geopolitik“ das, was die anderen tun. Es ist ein Etikett, das für Russlands Ambitionen, Chinas Neue Seidenstraße oder Irans regionalen Einfluss reserviert ist. Der Westen hingegen, so die gängige Erzählung, spielt solche Spiele nicht. Der Westen handle nicht aus Interesse, sondern aus Prinzip, nicht aus Machtgier, sondern aus Pflichtbewusstsein, Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit zu verteidigen. Der Westen befreit — er erobert nicht. Der Westen verteidigt — er provoziert nicht. Der Westen steht auf der Seite der Moral, während seine Gegner von Machtgier, territorialem Ehrgeiz und historischer Rachsucht getrieben sind. Der Westen sei idealistisch und wertorientiert, die Gegner des Westens sollen vom geopolitischen Kalkül besessen sein.

Quelle: [Stefano di Lorenzo in Seniora.org](https://seniora.org)

dazu auch: **Trump, Putin und die Geopolitik**

Europas Marginalisierung resultiert nicht aus Uneinigkeit, wie viele annehmen. Der Kontinent steht abseits, weil europäische Staaten immer noch geschlossen an ihrer von Doppelmoral triefenden Mission als Vorkämpfer einer liberalen Welteinheit und Bollwerk gegen das autoritäre Russland festhalten.

Trump sucht offenkundig ein Machtteilungsarrangement mit Russland und China. Dazu muss er erstmal seine eigene Macht demonstrieren. Seine Widersacher suchen im Grunde ebenfalls ein stabiles Arrangement, allerdings nach ihren Vorstellungen. Alle wollen aber, dass am Ende Ruhe und Ordnung einkehrt.

Es ist wie aus dem Lehrbuch der Geopolitik. Wir befinden uns im Entstehungsprozess einer von Großmächten vereinbarten Weltordnung. Sie ruht auf einem Mächtegleichgewicht, das aus einem politischen Kräftemessen hervorgeht. Dazu gehört absehbar auch die Abgrenzung von großräumigen Interessensphären und ein „Interventionsverbot raumfremder Mächte“ a la Carl Schmitt.

Quelle: [Roland Czada im Overton Magazin](https://www.roland.czada.com)

##### 5. **“Es gibt keinen Grund dafür, den Krieg weiterzuführen”**

Nimrod Sheffer war der Vizechef der israelischen Luftwaffe. Heute kritisiert er den Krieg in Gaza als sinnlos und gefährlich - für Geiseln, Soldaten und Palästinenser. Am Wochenende haben Hunderttausende Israelis in Tel Aviv für ein Ende des Krieges in Gaza demonstriert. Die Kritik an der Regierung von Benjamin Netanjahu wird lauter, auch von früheren Soldaten. Eine von ihnen ist Nimrod Sheffer.

DIE ZEIT: Herr Sheffer, immer mehr ehemalige hochrangige Offiziere und nun auch aktive Reservisten fordern nach der Entscheidung des Kabinetts, den Krieg auszuweiten und Gaza-Stadt einzunehmen, das Gegenteil - nämlich ein sofortiges Ende des Krieges. Hat es so etwas schon einmal gegeben?

Nimrod Sheffer: Ich kann mich nicht an einen auch nur annähernd so breiten Protest erinnern. Aber ich kann mich auch nicht daran erinnern, dass jemals zuvor ein so sinnloser Krieg geführt wurde.

Quelle: [Zeit Online](#)

dazu: **“Israel wollte nie Frieden”**

**HINTERGRUND** Der israelische Vernichtungsfeldzug gegen die Palästinenser wird nach dem Waffenstillstand seit Mitte März anscheinend ungehindert fortgesetzt. Was sind aus Ihrer Sicht die Gründe dafür?

**MOSHE ZUCKERMANN** Der zentrale Grund ist fremdbestimmt: Netanjahu braucht den Krieg, damit seine Koalition nicht auseinanderfällt. Die Minister Bezalel Smotrich und Itamar Ben-Gvir, vor allem Letzterer, haben angedroht, dass die Beendigung der Kampfhandlungen für sie Anlass sei, aus der Koalition auszusteigen. Ob sie es wirklich tun würden, ist nicht ausgemacht, aber die Drohung besteht. Und das ist für Netanjahu Grund genug, den Krieg weiterzuführen, denn seine Beendigung könnte die Einsetzung einer staatlichen Untersuchungskommission zur Folge haben, die für den Ministerpräsidenten ein schlimmes Resultat zeitigen dürfte, namentlich seine Schuld am Desaster des 7. Oktober zu erweisen. Hinzu kommt, dass der Krieg es ihm auch ermöglicht, den Abschluss seines Prozesses wegen Korruption, Veruntreuung und Betrug noch lange hinauszuzögern. Offiziell gibt er vor, die in Hamas-Gefangenschaft verbliebenen Geiseln durch Militärdruck befreien zu wollen, aber die allermeisten Israelis haben mittlerweile begriffen, dass der Krieg nicht „total“ zu gewinnen ist, mithin sinn- und zwecklos geworden ist.

Quelle: [Hintergrund](#)

dazu auch: **Israel begräbt Palästina**

Gaza-Offensive und Siedlungsbau im Westjordanland genehmigt. Zweistaatenlösung soll dauerhaft verhindert werden

Die israelische Rechtsregierung macht ernst. Nachdem Verteidigungsminister Israel Katz die Angriffspläne auf Gaza-Stadt genehmigt hat, die ihm am Dienstag von der Armeeführung vorgelegt worden waren, billigte ein Planungsausschuss am Mittwoch auch Bauvorhaben für das Gebiet »E 1« im Westjordanland. Während die erste Entscheidung die humanitäre Katastrophe in dem Küstenstreifen bewusst verschärft, würde eine Ausführung der Bebauungspläne die Westbank in zwei Hälften teilen. Der zuständige Minister Bezalel Smotrich hatte in der vergangenen Woche laut dpa nochmals angekündigt, welchen Zweck er damit verfolgt: Dieser Schritt begrabe »endgültig die Idee eines palästinensischen Staates« - den er als »existentielle Bedrohung« Israels ansähe. Eine Zweistaatenlösung für einen dauerhaften Frieden in

Nahost soll also endgültig begraben werden.

Quelle: [junge Welt](#)

## 6. **Von Frankreich nach Deutschland: Die peinlichste Grenzkontrolle der Welt**

Dieser Tage habe ich wieder einmal von Frankreich kommend die deutsch-französische Grenze passiert. Mitten in dem Europa, das sich schon vor Jahrzehnten vorgenommen hatte, allen Bürgern freien Zugang zu jedem Land zu gewähren, wird die Autobahn auf eine Spur gezwängt, sobald man sich der deutschen Grenze nähert. Dobrindt lässt grüßen. Die Deutschen geben vor, Grenzkontrollen zu machen und verursachen jeden Tag kilometerlange Staus.

Tatsächlich aber gibt es gar keine Kontrolle. Wenn der Stau nur lang genug wird, lässt man PKWs und LKWs weitgehend unbesehen durchfahren. In meinem Fall standen vier Polizisten schwer bewaffnet an der Kontrollstelle, aber mindestens zehn Meter vom Verkehr entfernt und würdigten den Verkehr kaum eines Blickes. Was sollten sie auch tun?

Quelle: [Relevante Ökonomik](#)

## 7. **Lutz auf dem Abstellgleis**

Der bevorstehende Führungswechsel bei der Deutschen Bahn (DB) stößt bei Gewerkschaften, Bahn- und Fahrgastverbänden weitgehend auf Zustimmung. »Diese Entscheidung war richtig und unumgänglich«, verlautete von der Lokführergewerkschaft GDL. Der Rückzug von DB-Chef Richard Lutz eröffne die Chance für einen Kurswechsel und die Möglichkeit, »die Ausrichtung der DB neu zu denken«, hieß es von seiten des Zusammenschlusses privater Unternehmen des Schienengüterverkehrs Die Güterbahnen. Am Donnerstag nachmittag hatte Bundesverkehrsminister Patrick Schnieder (CDU) die Öffentlichkeit über den nahenden Abgang des DB-Vorstandsvorsitzenden informiert. Für Verwunderung sorgte dabei nicht der Schritt an sich, sondern der Umstand, dass offenbar noch kein Nachfolger für den 61jährigen gefunden ist.

Quelle: [Ralf Wurzbacher in junge Welt](#)

dazu: **Deutsche Bahn: Der Problemkonzern**

Bahnchef Lutz ist entlassen, die Suche nach der Nachfolge hat begonnen. Doch wer möchte einen Konzern führen, dessen Strukturen und Eigenheiten über Jahrzehnte eine Vielzahl von Problemen erzeugt haben?

Quelle: [tagesschau](#)

dazu auch: **Bauernopfer an der Bahn-Spitze - und das Chaos geht immer weiter**

Quelle: [NachDenkSeiten](#)

## 8. **Die Bürgergeld-Ausgaben „steigen und steigen“ (nicht mehr) - sie sinken**

Der in den Medien vielzitierte Enzo Weber vom Institut für Arbeitsmarkt. und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit (BA) widerspricht der Annahme, dass die Ausgaben „unkontrolliert“ in die Höhe schnellen.

»Der jüngste Anstieg der Gesamtsumme erkläre sich unter anderem mit einer deutlichen Erhöhung der Regelsätze 2023 und 2024 wegen der Inflation. In diesem Jahr folgte eine Nullrunde, dies wird auch für 2026 erwartet. „Das ist also kein Trend, der absehbar so weiter gehen wird“, sagte Weber. Die Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten gehe zudem seit Herbst 2024 zurück. Das sei eine Trendwende.«

Außerdem müsse berücksichtigt werden: »Als weiterer Grund für die gestiegenen Ausgaben werden von Experten die höheren Wohnkosten von Bürgergeldempfängern genannt.«

Quelle: [Aktuelle Sozialpolitik](#)

### dazu: **Bürgergeld: Ausgaben steigen nicht - sie sinken**

Die endgültigen Daten der Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) zeigen: Die jährlichen Zahlungsansprüche von „SGB-II-Bedarfsgemeinschaften“ („Bürgergeld“ einschließlich Sozialversicherungsleistungen, Kosten der Unterkunft und Heizung und relativ geringfügige „weitere Zahlungsansprüche“), die bis Ende 2024 auf insgesamt 46,923 Milliarden Euro gestiegen waren, steigen nicht mehr - sie sinken seit Beginn des Jahres 2025 leicht. In den ersten vier Monaten des vergangenen Jahres (2024) waren diese jährlichen Zahlungsansprüche noch um 1,686 Milliarden Euro gestiegen.

Quelle: [BIAJ](#)

### dazu auch: **Statista-Infografik lässt Ausgaben für das „Bürgergeld“ von 2023 bis 2025 um 13,2 Mrd. Euro steigen**

In einer Statista-Infografik (siehe unten) steigen die Ausgaben des Bundes für das „Bürgergeld“ von 25,8 Mrd. Euro in 2023 auf 35,7 Mrd. Euro in 2024 und dann auf (erwartete) 39,0 Mrd. Euro in 2025. (gemäß Statista-Fußnote ohne „Verwaltungs- und Eingliederungskosten“ und ohne die in der Statista-Infografik gesondert genannte Beteiligung des Bundes an den „Kosten an Unterkunft & Heizung“)

Was verbirgt sich hinter diesem Anstieg um angeblich insgesamt 13,2 Mrd. Euro in den Jahren 2024 und 2025, den Statista in seiner Infografik vom 7. August 2025 präsentiert? Das zeigt ein Blick in die Haushaltsrechnungen 2023 und 2024 des Bundesfinanzministeriums und den 2. Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2025:

Quelle: [BIAJ](#)

### und: **Es lebe das Ressentiment: Wie Schwarz-Rot die Republik nach rechts**

## **verschiebt**

Quelle: [NachDenkSeiten](#)

### **9. Die Rente wäre sicher ...**

... wenn die Politik den liberalen Ideologen weniger leicht auf den Leim ginge und wir mehr über Wirtschaft wüssten.

Norbert Blüm war ein mutiger Mann. Und er war, obwohl CDU-Mitglied, einer der wenigen, die wussten, dass nur eine vernünftige Absicherung der Menschen im Alter der Gesellschaft und dem Wirtschaftssystem so viel Legitimation verschafft, dass sich auch die nächsten Generationen bemühen werden, das Große und Ganze am Laufen zu halten.

Die Sicherheit des Systems, die er mit seinem berühmten Wort über die „sichere Rente“ meinte, war natürlich Sicherheit in einer Welt großer Unsicherheit. Bei der Rente geht es immer um die Zukunft und die ist prinzipiell unsicher. Wer sagt, die Rente sei sicher, meint, sie sei so sicher wie irgendetwas in einer unsicheren Welt sein kann. Die objektiv gegebene Unsicherheit kann kein System der Welt verhindern.

Quelle 1: [Heiner Flassbeck auf Overton Magazin](#)

Quelle 2: [Relevante Ökonomik](#)

dazu auch: **Jetzt plötzlich: Der AHV geht es bestens**

Die Prognosen zur AHV waren falsch. Die Finanzierung der 13. AHV-Rente ist kein Problem. Das zeigen die Zahlen des Bundes.

Quelle: [Infosperber](#)

### **10. Wie Trumps Zoll-Wutanfall Indien zurück in die Arme Chinas drängt**

Die jüngste Entscheidung Donald Trumps eskaliert die Beziehung zwischen den USA und Indien. Das könnte Folgen haben, die Washington nicht bedacht hat. Eine Analyse. In Asien, wo geopolitische Allianzen sich derzeit ständig verändern, tritt ein wichtiger Faktor in den Vordergrund, der Washingtons Aufmerksamkeit erfordert: Indien ist die einzige große asiatische Volkswirtschaft, deren Handel mit den Vereinigten Staaten den Handel mit China übertrifft. Doch trotz wiederholter Versprechen einer „Hinwendung zu Asien“ seit 2011 bleibt das Engagement der USA uneinheitlich und widersprüchlich. Während Peking nun versucht, den ruhenden Block Russland-Indien-China wiederzubeleben, hat sich Neu-Delhi für strategische Unklarheit entschieden.

Quelle: [Berliner Zeitung](#)

dazu auch: **Trump treibt die Latinos in die Arme von Xi**

Trumps Zölle und seine irrationale Lateinamerika-Politik veranlassen betroffene Staaten, verstärkt mit China zu kooperieren.

Donald Trump provoziert Panama mit der Ankündigung, dass er den Kanal für Washington «zurückholen» wolle, und löst damit am Isthmus eine Welle des Antiamerikanismus aus. Er mischt sich in den brisantesten Justizfall in der Geschichte Brasiliens ein, indem er die gescheiterten Umsturzpläne seines lokalen Gesinnungsgenossen, Ex-Präsident Bolsonaro, bagatellisiert und sich dabei mit dem Vorsitzenden des Obersten Gerichts in Brasilia anlegt. Er brüskiert Regierung und Volk von Mexiko, dem wichtigsten Handelspartner der USA südlich des Rio Grande, mit absurden Vorwürfen und wüsten Drohungen, falls sie sich seinem Diktat nicht beugen würden. Generell lässt er jedes Fingerspitzengefühl im Umgang mit Süd- und Zentralamerika vermissen, was selbst in konservativen Kreisen des Subkontinents zu einiger Verwirrung führt.

Quelle: [Infosperber](#)